

Stand: 23.02.2026 01:44:32

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21292

"Solidarität mit der Ukraine"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/21292 vom 22.02.2022
2. Beschluss des Plenums 18/21366 vom 23.02.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 106 vom 23.02.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Ruth Müller, Ruth Waldmann, Diana Stachowitz, Stefan Schuster, Doris Rauscher, Natascha Kohnen, Annette Karl, Alexandra Hiersemann, Volkmar Halbleib, Harald Güller, Christian Flisek, Martina Fehlner, Michael Busch, Inge Aures, Horst Arnold, Klaus Adelt und Fraktion (SPD)**

Solidarität mit der Ukraine

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt scharf die Aggressionen und Feindseligkeiten Russlands gegenüber der Ukraine, den Ländern der Östlichen Partnerschaft und der EU, insbesondere die jüngste Eskalation durch die Anerkennung Russlands der selbsternannten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk als eigenständige Staaten. Russlands Vorgehen ist ein eklatanter Verstoß gegen eine Vielzahl von völkerrechtlichen Vereinbarungen, die Russland in den vergangenen 50 Jahren eingegangen ist, insbesondere gegen die Schlussakte von Helsinki von 1975 und die Charta von Paris der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) von 1990, die Resolution 68/262 „Territoriale Integrität der Ukraine“ der Vereinten Nationen von 2014 sowie gegen die Vereinbarungen von Minsk.

Der Landtag ist äußerst besorgt über das von Präsident Wladimir Putin am 21.02.2022 unterschriebene Dekret über eine Entsendung russischer Truppen in die von pro-russischen Separatisten kontrollierten Gebiete der Donbass-Regionen sowie über die jüngste Äußerung des russischen Außenministers Sergej Lawrow, der das Recht der Ukraine auf Souveränität offen in Frage stellt. Es handelt sich um eine politische Invasion, der offensichtlich ein militärischer Einmarsch in die Ukraine folgen soll.

Der Landtag erklärt sich solidarisch mit der Bevölkerung der Ukraine und bekräftigt die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität des Landes innerhalb seiner international anerkannten Grenzen.

Der Landtag dankt der deutschen Bundesregierung für ihre fortdauernde diplomatische Friedens- und Vermittlungsmission in enger Abstimmung mit unseren internationalen Partnern und für ihre eindeutige Haltung gegenüber Russland und seiner derzeitigen Politik.

Der Landtag unterstützt das abgestimmte Vorgehen der NATO sowie der EU und begrüßt es, wenn nun weitreichende Sanktionen gegen Russland umgesetzt werden. Der von Bundeskanzler Olaf Scholz verfügte Stopp von Nord Stream II gehört zu diesem Instrumentarium. Es sind jetzt gezielte und effektive Sanktionen gegen Russland umzusetzen.

Begründung:

Russland hat an der Grenze zur Ukraine mehr als 150 000 Soldaten zusammengezogen und seine gegen den ukrainischen Staat gerichtete hybride Kriegsführung und die damit verbundene Desinformationskampagne intensiviert. Damit in Zusammenhang stehen die anhaltende Militarisierung des Asowschen Meeres, des Schwarzen Meeres

und des Ostseeraums, insbesondere durch die Militarisierung des Bezirks Kaliningrad und der rechtswidrig besetzten Krim.

Mit der Anerkennung der Unabhängigkeit der Separatisten-Gebiete Donezk und Luhansk in der Ostukraine durch Staatspräsident Putin und mit der Ratifizierung der Anerkennung durch die russische Staatsduma hat die Aggression Russland gegenüber der Ukraine eine neue Eskalationsstufe erreicht. Es ist festzustellen, dass sich die Menschenrechtsslage in den besetzten Gebieten im Osten der Ukraine immer weiter verschlechtert, wobei das Recht auf freie Meinungsäußerung, Religionsfreiheit und Eigentumsrechte verletzt werden, Bildungs- und Sprachrechte gravierend eingeschränkt werden, die Medienfreiheit missbraucht und die Annahme der russischen Staatsbürgerschaft systematisch erzwungen wird sowie die zentralen Menschenrechte und Grundfreiheiten nicht geachtet werden. In den von Russland besetzten Gebieten der Ukraine in den Regionen Donezk und Luhansk gibt es mehr als 160 illegale Gefängnisse, in denen seit Beginn des Konflikts mehr als 3 000 Menschen rechtswidrig inhaftiert und Folter und unmenschlicher Behandlung ausgesetzt sind.

Die Invasion und die rechtswidrige Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 waren bereits Ausdruck der aggressiven und revisionistischen Politik des Kremls. Mit der aktuellen Eskalation Russlands in der Ukraine bedroht das Regime den Frieden und die Sicherheit in Europa mit dem Ziel, eine neue Sicherheitsarchitektur zu erzwingen. Trotz weltweiter diplomatischer Bemühungen in Form des Normandie-Formats und der Vereinbarungen von Minsk I und II konnte weder eine Deeskalation in der aktuellen Ukraine-Krise erreicht noch Fortschritte bei der Beendigung der rechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland erzielt werden.

Der seit 2014 schwelende Konflikt hat bereits mehr als 14 000 Menschenleben gefordert. Russland verstößt nach wie vor gegen den Waffenstillstand im Donezbecken. Präsident Putin betreibt eine dauerhafte hybride Kriegsführung gegen die Ukraine, die mit einer ständigen Androhung von Gewalt in der gesamten Region einhergeht. Ziel ist, die Ukraine politisch zu destabilisieren und unter Russlands Einfluss zu bringen.

Die Charta der Vereinten Nationen sieht jedoch vor, dass alle Mitglieder der Vereinten Nationen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt unterlassen müssen.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Ruth Müller, Ruth Waldmann, Diana Stachowitz, Stefan Schuster, Doris Rauscher, Natascha Kohnen, Annette Karl, Alexandra Hiersemann, Volkmar Halbleib, Harald Güller, Christian Flisek, Martina Fehlner, Michael Busch, Inge Aures, Horst Arnold, Klaus Adelt und Fraktion (SPD)**

Drs. 18/21292

Solidarität mit der Ukraine

Der Landtag verurteilt scharf die Aggressionen und Feindseligkeiten Russlands gegenüber der Ukraine, den Ländern der Östlichen Partnerschaft und der EU, insbesondere die jüngste Eskalation durch die Anerkennung Russlands der selbsternannten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk als eigenständige Staaten. Russlands Vorgehen ist ein eklatanter Verstoß gegen eine Vielzahl von völkerrechtlichen Vereinbarungen, die Russland in den vergangenen 50 Jahren eingegangen ist, insbesondere gegen die Schlussakte von Helsinki von 1975 und die Charta von Paris der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) von 1990, die Resolution 68/262 „Territoriale Integrität der Ukraine“ der Vereinten Nationen von 2014 sowie gegen die Vereinbarungen von Minsk.

Der Landtag ist äußerst besorgt über das von Präsident Wladimir Putin am 21.02.2022 unterschriebene Dekret über eine Entsendung russischer Truppen in die von pro-russischen Separatisten kontrollierten Gebiete der Donbass-Regionen sowie über die jüngste Äußerung des russischen Außenministers Sergej Lawrow, der das Recht der Ukraine auf Souveränität offen in Frage stellt. Es handelt sich um eine politische Invasion, der offensichtlich ein militärischer Eimarsch in die Ukraine folgen soll.

Der Landtag erklärt sich solidarisch mit der Bevölkerung der Ukraine und bekräftigt die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität des Landes innerhalb seiner international anerkannten Grenzen.

Der Landtag dankt der deutschen Bundesregierung für ihre fortdauernde diplomatische Friedens- und Vermittlungsmission in enger Abstimmung mit unseren internationalen Partnern und für ihre eindeutige Haltung gegenüber Russland und seiner derzeitigen Politik.

Der Landtag unterstützt das abgestimmte Vorgehen der NATO sowie der EU und begrüßt es, wenn nun weitreichende Sanktionen gegen Russland umgesetzt werden. Der von Bundeskanzler Olaf Scholz verfügte Stopp von Nord Stream II gehört zu diesem Instrumentarium. Es sind jetzt gezielte und effektive Sanktionen gegen Russland umzusetzen.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Martin Hagen

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Katharina Schulze

Abg. Martin Böhm

Abg. Alex Dorow

Staatsministerin Melanie Huml

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Franz Bergmüller

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe jetzt zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen u. a. und Fraktion (SPD)
Solidarität mit der Ukraine ([Drs. 18/21292](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Putins Aggression Einhalt gebieten! ([Drs. 18/21293](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)

Europäische Friedensordnung bewahren - Krieg auf europäischem Boden verhindern ([Drs. 18/21317](#))

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Arif Taşdelen das Wort. Bitte, Herr Abgeordneter Taşdelen.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es sind sehr schwere Tage und Stunden für Europa. Knapp 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges droht ein Krieg im Osten Europas.

Mit diesen Worten hat Bundeskanzler Olaf Scholz gestern die neuesten Entwicklungen im Ukraine-Konflikt bewertet und Russland aufgefordert, eine solche Katastrophe abzuwenden. NATO-Generalsekretär Stoltenberg sprach sogar vom "gefährlichsten Moment für die europäische Sicherheit seit einer Generation".

Wir danken unserer Bundesregierung unter der Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock für die Diplomatieoffensive der letzten Wochen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben es geschafft, dass NATO und EU heute geschlossen handeln und mit einer Stimme sprechen. Mit der Anerkennung der selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk durch den Kreml hat die Eskalation eine neue gefährliche Stufe erreicht. Putins Aggression ist ein schwerer Bruch des Völkerrechts. Dabei handelt es sich um eine politische Invasion Russlands, der offensichtlich ein militärischer Einmarsch in die Ukraine folgen soll. Russland hat an der Grenze zur Ukraine derzeit mehr als 150.000 Soldaten zusammengezogen. Sie können jede Minute losschlagen und von Norden, Osten und Süden in die Ukraine einmarschieren.

Mit dem gestrigen Tag ist auch die Vision einer europäischen Sicherheitsarchitektur auf der Grundlage der Charta von Paris fürs Erste Geschichte. Der friedlichen Ordnung in Europa stehen das kriegerische Großmachtstreben des russischen Diktators und sein Traum von einer Sowjetunion 2.0 entgegen. Putin will die europäische Uhr auf vor 1989 zurückdrehen. Mehr als 14.000 Menschenleben hat sein geschichtsrevisionistischer Kampf in der Ukraine bereits gefordert. Wir verurteilen scharf die Aggression und den Völkerrechtsbruch Russlands, und wir stehen für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Deutschland hat mit den USA die finanziell mit Abstand stärksten Anstrengungen unternommen, der Ukraine beizustehen. Das war so, und das bleibt so.

(Beifall bei der SPD)

Wladimir Putin wird einen hohen Preis für seine Aggression zu bezahlen haben. Ich bin sicher, Sanktionen werden greifen. Der Kreml hat sich international isoliert.

Aber wir müssen der deutschen und bayerischen Bevölkerung heute ebenso sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass auch wir einen hohen Preis bezahlen, und das im eigentlichen Sinne. Infolge von Putins Kriegstreiberei wird die Weltwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Börsenkurse und Unternehmenswerte werden fallen und mit ihnen die Beschäftigungszahlen. So ist das im Krieg, auch wenn der Krieg bis jetzt nur mit Dekreten, Memoranden und Sanktionen geführt wird. Die Verbraucherpreise werden steigen, nicht nur bei der Energie. Das ist der Preis von Putins Kriegstreiberei. Und ja, auch neue Migrationsbewegungen sind nicht auszuschließen. Auf all das müssen wir uns einstellen. Putins Aggression gegen die Ukraine trifft leider uns alle. Aber all das ist besser als ein heißer Krieg, bei dem unzählige Menschen getötet und Familien für Generationen ins Unglück gestürzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Für meine Partei in der SPD-geführten Bundesregierung stelle ich fest, dass wir alles Machbare und Mögliche tun werden, Putins Machthunger mit Abschreckung und Sanktionen einzudämmen, den brüchigen Waffenfrieden zu wahren und zugleich die zu erwartenden drastischen weltwirtschaftlichen Folgen für unser Land und unsere Leute zu minimieren.

Liebe Mitglieder des Hohen Hauses, mit dem vorliegenden Antrag stellt sich der Bayerische Landtag hinter die Bundesregierung und ihre internationalen Partner: für ein abgestimmtes Vorgehen der NATO und der Europäischen Union, für fortdauernde diplomatische Friedens- und Vermittlungsmissionen, für gezielte und effektive Sanktionen gegen Russland. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Taşdelen. – Meldungen zu Zwischenbemerkungen liegen nicht vor. Damit komme ich zu dem nächsten Redner, Herrn Martin Hagen von der FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Fraktionsvorsitzender.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Russland hat in den vergangenen Tagen die abtrünnigen sogenannten Volksrepubliken im Osten der Ukraine anerkannt. Es hat sich einen Militäreinsatz in diesen Republiken genehmigen lassen. All das folgt genau dem Drehbuch, das westliche Geheimdienste für die Ukraine-Krise vorausgesagt haben. Es sind genau die Lügen und genau die inszenierten Vorfälle, von denen man schon vorher befürchtet hat, dass sie einen Vorwand bieten werden, um das zu tun, was Putin immer vorhatte, nämlich sich die Ostukraine einzuflecken.

Wir hatten heute in unserer Fraktionssitzung den Generalkonsul der Ukraine in München zu Gast, der uns sehr eindrucksvoll geschildert hat, wie die Lage vor Ort ist und in welcher schweren Situation sich sein Heimatland derzeit befindet. Für uns ist klar: Wir alle, der Bayerische Landtag, sind solidarisch mit der Ukraine.

(Beifall)

Wir sollten – deswegen unser Dringlichkeitsantrag – auch hier klarmachen, dass der Bayerische Landtag die Maßnahmen, die die Bundesregierung ergriffen hat, um zu deeskalieren, unterstützt, insbesondere die Sanktionen mit Blick auf die Gas-Pipeline Nord Stream 2. Es ist eine historische Entscheidung dieser Bundesregierung, dass sie die Genehmigung der Pipeline auf Eis gelegt hat. Aber auch weitere Sanktionen und weitere Möglichkeiten der Unterstützung der Ukraine in dieser Konfrontation müssen auf dem Tisch bleiben. Mich freut, dass auch der Ministerpräsident heute die passenden Worte gefunden hat. Vor vier Wochen in einem "FAZ"-Interview klang er noch anders. Es ist gut, dass jetzt alle demokratischen Kräfte hier an einem Strang ziehen und Russland gemeinsam die Stirn bieten.

Russland muss zurück an den Verhandlungstisch. Wir dürfen nicht dulden, dass in Europa Grenzen gewaltsam verschoben werden. Wir müssen leider heute feststellen, dass die Russlandpolitik der vergangenen Jahre gescheitert ist. Es begann 2008 mit dem Militäreinsatz in Georgien. Die Reaktion des Westens darauf war faktisch nicht

vorhanden. Weiter ging es 2014 mit dem Überfall auf die Krim und mit den irregulären Militäreinsätzen im Donbass. Auch hier war die Reaktion des Westens offenbar nicht so, dass sie Putin von weiteren Militärabenteuern in diesem Gebiet abgeschreckt hätten.

Das erinnert mich an eine alte arabische Legende von einem Beduinen, der einen Truthahn hat, der ihm entwendet wird. Er geht zu seinen Söhnen und sagt: Unser Truthahn ist gestohlen worden. Wir sind in großer Gefahr. – Die Söhne verstehen nicht, welche Bedeutung dieser Truthahn hat, und lachen über den Vater. Als dann kurz darauf ein Kamel entwendet wird, kommen die Söhne zum Vater und fragen ihn um Rat, und er sagt: Findet meinen Truthahn. – Später wird das Pferd gestohlen. Der Vater sagt: Findet meinen Truthahn. – Als eines Tages das Dorf der Beduinen verwüstet wird, kommt der alte Beduine zu seinen Söhnen und sagt: Das alles ist wegen des Truthahns passiert. Wir haben zugelassen, dass man unseren Truthahn klaut. Die Lehre daraus war, dass man das ungestraft tun kann.

Der Truthahn in dem Fall war Georgien. Es war der erste Streich, bei dem Putin gelernt hat, wie weit er gehen kann, und bei dem er gelernt hat, dass der Westen nicht bereit ist, mit entsprechender Geschlossenheit zu reagieren. Diesen Fehler sollten wir nicht wiederholen, sondern wir sollten jetzt mit aller Entschlossenheit der russischen Aggression entgegentreten.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hagen. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Tobias Gotthardt. Bitte schön, Kollege Gotthardt.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor einer Woche stand ich bei der Aktuellen Stunde schon einmal für unsere Fraktion hier und habe zum Thema Ukraine gesprochen. Seitdem hat sich in diesen wenigen Tagen unglaublich viel zum Negativen entwickelt, und eine unglaubliche Aggression wurde von russischer Seite aufgebaut. Ich möchte sogar sagen: Wir

haben keinen Ukraine-Konflikt, sondern einen Russland-Konflikt, mit dem wir umgehen müssen. Ich finde es gut, dass die demokratischen Parteien hier im Landtag Anträge eingebracht haben.

Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich finde es auch okay, dass wir jetzt drei Anträge vorliegen haben, weil es bei aller Übereinstimmung auch unterschiedliche Perspektiven auf ein Problem gibt.

Wichtig und entscheidend ist – das sage ich auch unter dem Eindruck eines Gesprächs mit dem ukrainischen Generalkonsul in München, von dem ich gerade komme –, dass wir hier in Europa, hier in Deutschland und, ja, auch auf Landesebene über dieses Thema reden und unsere uneingeschränkte Solidarität mit der Ukraine und der ukrainischen Bevölkerung zum Ausdruck bringen. Das ist ganz entscheidend und ganz wichtig. Ich sage Danke für die drei Anträge, die heute vorliegen.

Wir als Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN haben unseren Antrag eingebracht, der einen etwas weiteren Ansatz hat. Wir nehmen noch einige Perspektiven hinzu. Wichtig ist mir, dass wir eine Perspektive aufbauen, die jenseits des Krieges liegt; denn Krieg ist keine Zukunftsperspektive. Wir wollen zurück zur Möglichkeit einer paneuropäischen Friedensordnung, einer Friedensarchitektur für unseren Kontinent; denn keiner von uns wird glücklich werden, wenn irgendwo ein Krieg aufflammt. Deswegen müssen wir ganz klar dagegen vorgehen, wenn Völkerrecht gebrochen wird. Das muss auch benannt werden. Wir müssen aber auch die Vision aufbauen, auf unserem Kontinent wieder in Frieden zu leben.

Das heißt aber auch, dass wir als demokratische Staaten wehrhafte Staaten sein müssen und Wehrhaftigkeit auch entwickeln müssen. Wir müssen das im Rahmen der NATO und im Rahmen der Europäischen Union entwickeln. Da müssen wir unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik, PESCO, deutlich und dynamisch weiterentwickeln. Wir müssen uns auch zu einer verantwortungsbewussten und gemeinsamen Rüstungsexportkontrolle bekennen, um zu sehen, wo unsere Waffen eingesetzt werden.

Wir müssen aber auch wissen, dass eine Welt ohne Waffen nicht auch sofort eine friedliche Welt ist. Es braucht manchmal Verteidigung und Rüstung, um Frieden garantieren zu können. Auch das gehört zur Wahrheit, die wir in diesen Tagen erleben.

Ich glaube, dass uns drei gute Anträge vorliegen. Wir bevorzugen unseren Antrag, weil er einen erweiterten Ansatz hat. Wir werden uns bei den Anträgen der FDP und der SPD enthalten und bitten darum, unserem Antrag zuzustimmen. Wichtig ist am Ende die ganz entscheidende Botschaft: Wir stehen zu und mit der ukrainischen Bevölkerung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Gotthardt, vielen Dank. – Ich darf als Nächste die Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN Frau Katharina Schulze aufrufen. Frau Kollegin, bitte schön. Sie haben das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Denke ich an die Menschen in der Ukraine, so fühle ich einen großen Schmerz. Sie wollen in Frieden in ihrem Land leben, aber Wladimir Putin lässt sie nicht. Tausende Menschen sind schon gestorben, seitdem Putin die Krim annektiert und sein Schreckensregime dort installiert hat.

Jetzt ist mit der völkerrechtswidrigen Anerkennung der separatistischen Volksrepubliken in der Ostukraine eine weitere geplante Eskalationsstufe erreicht. Meine, unsere Gedanken sind bei den Menschen in der Ukraine. Wir stehen an ihrer Seite.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin sicher nicht die Einzige, die momentan mit einem mulmigen Gefühl ins Bett geht. Ich bin sicher nicht die Einzige, die jeden Morgen voller Sorge die neuesten Eskalationen der Russland-Krise in den Medien verfolgt und Angst hat, nämlich Angst vor einem Krieg in Europa, einem Krieg vor unserer Haustür.

Ich hätte nie gedacht, dass ich im vereinigten Europa einmal so einen Satz sagen muss: Ich durfte in Frieden aufwachsen. – Das ist ein unglaubliches Privileg, und ich bin sehr dankbar dafür. Ich hoffe, dass das so bleibt. Ja, wir müssen handeln, damit es so bleibt; denn wir sehen ja erneut: Unsere liberale Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Frieden in Europa ist keine Selbstverständlichkeit.

Wichtig ist es, dass niemand Putins Propaganda auf den Leim geht. Die Ukraine ist kein – Zitat – "integraler Bestandteil der eigenen Geschichte", sondern ein souveräner Staat. Wladimir Putin überfällt mit seiner Invasion ein souveränes Land. Das ist Imperialismus in Reinform.

Allen, die selbst jetzt noch glauben, dass es bei dem Konflikt um einen NATO-Beitritt der Ukraine gehen würde, sage ich: Das tut es nicht. Das war auch 2014 bei der Annexion der Krim nicht der Fall. Putin hat am Montagabend sehr deutlich gemacht, worum es ihm geht: Er spricht der Ukraine ihre Staatlichkeit ab und will sie in sein neues großrussisches Reich integrieren.

Kolleginnen und Kollegen, es sind also die Großmachtsfantasien eines Präsidenten, der von innenpolitischen Problemen ablenken will. Mit diesem Angriff zeigt er erneut, dass ihm Selbstbestimmung, dass ihm Demokratie, dass ihm Freiheit egal sind. Er hält sich nicht an Verträge, und er respektiert keine Grenzen. All das, was uns in Europa wichtig ist, ist ihm nicht wichtig. Das macht es so gefährlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gilt jetzt als Europäische Union zusammen mit unseren transatlantischen Partnern mit einer Stimme zu sprechen und Verantwortung für die Sicherheit auf diesem Kontinent zu übernehmen. Es gilt jetzt an der Seite der Demokratie zu stehen, an der Seite aller, die Frieden wollen, aber Frieden nicht mit Unterwerfung verwechseln. Eine harte Linie gegenüber Russland ist kein Selbstzweck, sondern die notwendige Reaktion auf das Handeln der russischen Regierung.

Kolleginnen und Kollegen, es ist also gut, dass der Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck das Genehmigungsverfahren für Nord Stream 2 gestoppt hat. 2015 wurde Nord Stream 2 beschlossen, also nach dem aggressiven Akt Russlands auf der Krim. Die beiden letzten Bundesregierungen haben das damals vollkommen falsch bewertet.

Kolleginnen und Kollegen, es ist gut, dass Außenministerin Annalena Baerbock zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen zusammen gestern Nacht weitreichende Sanktionen gegen Russland beschlossen hat.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist gut, dass wir jetzt eine Bundesregierung haben, die geschlossen hinter einer wertegeleiteten Außenpolitik steht. Frieden, Freiheit, Menschenrechte, Demokratie, all das müssen wir zu einem Grundpfeiler unserer Außen- und Wirtschaftspolitik machen. Das bedeutet in diesem Fall: Solidarität mit der Ukraine und klare Kante gegen den Aggressor Russland.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen, dass die Bundesebene für die Außenpolitik zuständig ist. Aber auch wir hier im Bayerischen Landtag, auch wir auf Landesebene können etwas tun. Deswegen begrüße ich es außerordentlich, dass Markus Söder heute endlich die Verhandlungen über die Produktion und den Import des Impfstoffs Sputnik V für beendet erklärt hat. Wir GRÜNE hatten die Verhandlungen von Anfang an kritisiert; denn Sputnik V war und ist kein unpolitischer Impfstoff.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt ist es auch an uns, am Freistaat Bayern, uns so schnell wie möglich von Gas- und Kohleimporten unabhängig zu machen. Energiepolitik ist auch Machtpolitik. Energiepolitik ist auch Geopolitik, und Energiepolitik ist auch Sicherheitspolitik.

Robert Habeck hat es gestern richtig gesagt: Wir müssen uns von der Preis- und Kriegstreiberei anderer Länder unabhängig machen. Dazu gehört auch der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien, auch hier in Bayern. Dazu gehört der beschleunigte Ausbau der Stromleitungen, auch hier in Bayern; denn nur so kommen wir aus der Abhängigkeit raus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Natürlich können wir als Bürgerinnen und Bürger Bayerns weiter unsere Solidarität mit den Menschen in der Ukraine zeigen. Nicht nur gestern gab es viele Mahnwachen für Frieden, Solidarität und für die Menschen in der Ukraine in ganz Bayern. Auch wir im Bayerischen Landtag senden heute dieses Zeichen aus. We stand with Ukraine!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schulze. – Damit kommen wir zum nächsten Redner: Martin Böhm von der AfD-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter Böhm.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! FDP und SPD verurteilen in ihren Anträgen Aggression und Gewalt. Das ist richtig und wichtig. Natürlich darf man bei dem Schritt, den der Kreml jetzt getan hat, nicht einfach so zur Tagesordnung zurückkehren.

Was mich allerdings irritiert, ist die unglaubliche Einfertigkeit gerade des SPD-Antrags, diese Undifferenziertheit, die dort zu erkennen ist, und dieser Mangel an korrekter historischer Einordnung. Wo sehen denn eigentlich die Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN die Feindseligkeiten der Sowjetunion gegenüber den Ländern der östlichen Partnerschaft oder gegenüber der EU? Von "Sowjetunion" spreche ich nur, weil unser Kollege Zierer gerade gerne in diesem antiquierten Weltbild geblieben ist. Warum bleibt in Ihrer Forderung nach Solidarität die russische Minderheit im Osten

der Ukraine ausgeklammert? Weshalb erwähnen Sie nicht die jahrelangen und mit Abermillionen an Dollar finanzierten Versuche der USA, die Ukraine in gewisser Weise zu ihrem Vorposten auszubauen? Darf ein Land nicht an seine legitimen Sicherheitsinteressen denken, wenn sich ein seit Jahrzehnten verfeindetes Militärbündnis immer näher in Richtung seiner Grenzen ausbreitet?

Mit diesen Einwänden will ich Moskaus Handeln keineswegs entschuldigt wissen; aber all das, was ich eben erwähnt habe, fehlt in Ihren Anträgen und auch in dem nachgezogenen Antrag der Kollegen der CSU.

(Beifall bei der AfD)

SPD und FDP geht es bei ihren beiden Anträgen in erster Linie darum, der Politik der bunten Koalition in Berlin von Bayern aus zuzujubeln. Das ist der eigentliche Sinn solcher Anträge. Natürlich untergräbt Putin gerade völkerrechtliche Vereinbarungen. Aber wäre es nicht auch die Pflicht cleverer deutscher und bayerischer Politik gewesen, solche Verträge über Jahrzehnte geostrategisch abzusichern? Diese Versäumnisse sind nicht neu, sondern gehen bis auf das Jahr 2003 zurück. Immer und überall war es das wirtschaftliche Interesse unseres großen Hegemons auf der anderen Seite des Atlantiks, auf das wir bei der Gestaltung eines gemeinsamen friedlichen Kontinents Rücksicht nehmen mussten.

Wie tief bundesdeutsche Politik diesen Kniefall verinnerlicht hat, zeigt sich an dem Nord-Stream-2-Debakel, das gestern in Berlin seinen Höhepunkt fand. Anstatt mit seinem wichtigsten Pfund in der Hand clever zu spielen, versenkt Scholz die bereits am Grunde liegenden Röhren endgültig. Der letzte schmale Steg hinaus aus der Energiepreisinflation wurde gestern mutwillig zerstört. Dafür werden Millionen Bürger, auch bayerische Bürger, bald wahlweise tiefer in die Tasche greifen oder frieren müssen.

(Beifall bei der AfD)

Währenddessen formulieren Kolleg*innen von SPD und FDP aus dem Warmen heraus an solchen Anträgen,

(Zuruf)

ohne dabei zu überlegen, wem sie eigentlich verpflichtet sind, nämlich zuerst den Menschen hier im Land. Diese spüren gerade, dass die Sanktionen uns selbst am allermeisten treffen, nicht die USA oder Russland und auch nicht Brüssel.

Wenn ich zurückdenke: Schmidt und Kissinger diskutierten schon vor Jahrzehnten über die Chancen einer neutralen Ukraine, und China tat es gerade auf der Münchener SiKo genauso. Man wollte es nicht hören, da es nicht zum transatlantischen Verständnis passt. Bereits nach dem Ersten Weltkrieg gab es die Idee eines "Intermarium" von der Ostsee bis hinunter zum Schwarzen Meer. Heute kann man darin die Vision eines dritten, neutralen Machtblocks erkennen, und morgen kann dies ein freiwilliger neutrauer Status der Ukraine sein, den zu garantieren sich Russland und Nato gemeinsam verpflichtet sehen.

(Zuruf)

Dies zu unterstützen ist gut für den Frieden in Europa. Das harnäckige Streben der Ukraine nach einem Anschluss an den Westen wird hingegen zu keinem guten Ende führen. Schlecht für den Frieden und für unsere deutschen Interessen ist es allerdings weiterhin, vollkommen ohne Not den Forderungen aus Brüssel und Washington hinterherzulaufen, ohne solche gerade geschilderten eigenen Visionen einer künftigen stabilen Ordnung unseres Kontinents zu entwickeln.

Ihre Anträge lehnen wir allesamt ab.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich für Ihren Beitrag, Herr Abgeordneter Böhm. – Ich sehe keine Meldung zu einer Zwischenbemerkung. Damit darf ich

gleich den nächsten Redner aufrufen. Wir brauchen noch ein bisschen Zeit, um das Pult zu reinigen. – Nun bitte ich den Abgeordneten Alex Dorow für seine Rede ans Pult. Bitte schön, Herr Abgeordneter Dorow.

Alex Dorow (CSU): Verehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sache ist seit vorgestern eigentlich völlig klar: Präsident Putin pfeift auf das Völkerrecht sowie auf die europäische Nachkriegsordnung und die Verhandlungsangebote des Westens gleichermaßen. Seit über siebzig Jahren garantiert uns nach den Erfahrungen des Ersten und Zweiten Weltkriegs die unbedingte Haltung, Grenzen nicht gewaltsam zu verschieben, Frieden und Wohlstand in ganz Europa. Lieber Herr Kollege Böhm, dass auch postkolonialer Schmerz kein Grund sein kann, diese eiserne Regel zu beachten – ob Neutralität oder nicht –, das zeigen doch demokratisch gefestigte Staaten wie etwa Frankreich. Ich erinnere daran: In der Geschichte kam es auch mehrmals bei uns vor, dass man sich mit postkolonialen Zuständen nicht abfinden möchte. Als zum Beispiel in Frankreich 1962 Offiziere der OAS putschten, weil General de Gaulle Algeriens Unabhängigkeit akzeptierte, war der Spuk in einem demokratisch gefestigten Land wie Frankreich schnell beendet.

Für Putins Russland gilt dies über dreißig Jahre nach Ende des sowjetischen Zwangsimperiums leider immer noch nicht. Nach Georgien, Moldawien und der Krim macht Russland mit der Anerkennung der infiltrierten Gebiete im Donbass als souveräne Staaten und dem offiziellen Truppeneinmarsch sehr deutlich, dass rote Linien für Moskau offensichtlich nicht gelten. Lieber Herr Kollege Böhm, ich frage mich, was man hier planerisch verhandeln will. Das Minsker Abkommen ist damit schlicht Makulatur. Es gibt derzeit keine Vorlage mehr für eine friedliche Konfliktlösung mit dem Westen. Damit ist der Grundkonsens der europäischen Nachkriegsordnung zerstört, wonach Staatsgrenzen nicht mehr mit Gewalt verändert werden sollen. Nach über siebzig Jahren Frieden ist dies eine bittere Erfahrung.

Die langfristigen Folgen können nach meinem Ermessen – ich kann es abkürzen, weil die Vorredner es schon gesagt haben – kaum mehr überschätzt werden. Nichts weniger als die Sicherheitsinteressen Europas auch in Zukunft stehen auf dem Spiel. Dabei ist es strategisch – wenn ich dies sagen darf – nicht entscheidend, welche Schritte der Kreml jetzt genau ergreifen wird. Dem von Russland 2014 entfachten Krieg im Donbass sind seither – Herr Kollege Hagen hat es zu Recht gesagt – mindestens 14.000 Menschen zum Opfer gefallen. Die Hoffnung, Präsident Putin mit weiteren Verhandlungen über den Status der Ukraine von einem größeren Feldzug oder sogar weiteren Attacken auf andere ehemalige Mitgliedstaaten – ich nenne nur Kasachstan – abzuhalten, ist erkennbar unrealistisch geworden.

Dennoch – daher auch unser Antrag gemeinsam mit den FREIEN WÄHLERN – müssen wir die diplomatischen Kanäle selbstverständlich offen halten. Wir, FREIE WÄHLER und CSU gemeinsam, bekräftigen in diesem Zusammenhang, dass die elementaren Grundregeln der globalen und europäischen Friedensordnung sakrosankt sind und dass Angriffe auf die westliche Werteordnung solidarisch und im engen Schulterschluss aller liberalen Demokratien abgewehrt werden müssen. Krieg ist niemals eine Zukunftsperspektive, auch deshalb müssen wehrhafte Demokratien auf der Basis unserer westlichen Werte verteidigt werden. FREIE WÄHLER und CSU begrüßen vor diesem Hintergrund das entschlossene Auftreten der westlichen Bündnispartner durch die sofortige Verhängung von weitreichenden Sanktionen als Antwort auf diese russische Aggression. Wir sehen in dieser eindeutigen Reaktion der Bündnispartner übrigens zugleich ein wichtiges Signal, um einer Präzedenzfallwirkung mit Blick auf andere globale Krisenherde vorzubeugen.

Klar ist auch – und es ist mir wichtig, dies hier anzuführen –, dass sich diese Politik weder gegen die Russische Föderation als solche noch gegen das russische Volk richtet. Ziel ist es vielmehr, einen Völkerrechtsbruch als solchen klar zu benennen und daran mitzuwirken, dass dieser Konflikt eine, wo irgend möglich, diplomatische Lösung findet, um Frieden für ganz Europa, Freiheit, Demokratie und Wohlstand zu garantie-

ren. Wir stehen deshalb solidarisch an der Seite der Ukraine und ihrem Volk und bekräftigen, dass Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit unverhandelbar sind. Wir bitten, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter Dorow. – Als nächste Rednerin rufe ich die zuständige Staatsministerin auf. Frau Staatsministerin Huml, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Melanie Huml (Europaangelegenheiten und Internationales): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Letzte Woche waren wir hier im Hohen Haus noch vorsichtig optimistisch gewesen. Heute müssen wir leider feststellen, die Lage ist nicht so. Ich glaube, wir alle haben in den letzten Tagen immer wieder die Nachrichten angeschaut. Wir haben wissen wollen: Was tut sich? Was entwickelt sich?

Die heutige Sitzung des Bayerischen Landtags findet in einem Moment größter Spannung statt – eine Spannung, wie wir sie in der jüngeren europäischen Geschichte in dieser Art und Weise noch nicht erlebt haben. Die Russische Föderation bedroht einen Nachbarstaat militärisch, sie greift in seine territoriale Souveränität ein und spricht ihm das Existenzrecht ab. Gleichzeitig fordert die russische Seite eine Revision der Nachkriegs- und Friedensordnung Europas ein. Die Dramatik der Situation ist wirklich enorm. Wir stehen vor einer epochalen Zäsur. Was Russland hier tut, ist ein inakzeptabler Bruch des Völkerrechts. Das Vertrauen ist an dieser Stelle vielfach zerstört worden.

Noch ist nicht klar, wie weit die russische Führung nach der Anerkennung der Separatistengebiete in der Ostukraine als eigene Staaten, als die sogenannten Volksrepubliken, gehen wird und wie weit die zu befürchtenden Angriffe reichen werden. Aber allein diese Tatsache ist doch schon dramatisch. Herr Kollege Dorow hat es schon richtig ausgedrückt: Es geht nicht darum, dass wir Russland, der Bevölkerung Russ-

lands, negativ gegenüberstehen wollen. Es muss aber klar angesprochen werden, was die russische Führung hier tut und dass dieser Völkerrechtsbruch inakzeptabel ist.

Klar ist, schon jetzt verstößt Russland gegen die Vereinbarungen von Minsk. Den Friedensprozess, den wir alle angestoßen haben, bei dem man so gehofft hat, dass er in der Ostukraine weitergeht, den hat Russland konterkariert, ebenso wie die vielen diplomatischen Beziehungen. Klar muss aber auch sein, dass wir auch weiterhin die Wege der Diplomatie beschreiten, dass wir diese Türen, diese Kanäle offen halten wollen. Auch das erscheint mir in dieser Situation wichtig. Trotzdem muss es Maßnahmen geben. Wir stehen als Freistaat Bayern zu den Maßnahmen, die der Bund und Europa jetzt ergreifen, weil sie einfach notwendig sind. Dabei müssen wir uns auf größere Verwerfungen einstellen, militärisch, politisch, aber auch weltwirtschaftlich. Das waren Erkenntnisse, die man am vergangenen Wochenende bei der Münchener Sicherheitskonferenz bei vielen Diskussionen gewinnen konnte. Ich durfte selbst dabei sein. Etliche Mitglieder der Staatsregierung und auch dieses Hohen Hauses waren mit dabei. Die Diskussionen drehten sich um die Fragen: Was bedeutet das? Was sind die Konsequenzen?

Jetzt ist es Aufgabe der Bundesregierung, mit allen Verbündeten, aber auch im Dialog mit Russland und der Ukraine die nächsten Schritte zu setzen. Wir unterstützen die aktuellen Maßnahmen des Bundes, das habe ich bereits erwähnt, beispielsweise auch das Aussetzen von Nord Stream 2. Für die Staatsregierung kann ich aber auch klar betonen, dass wir zur NATO stehen, dass wir zu den Werten des Westens stehen. Wir stehen aber auch an der Seite der Ukraine. Im letzten Oktober durfte ich selbst die Ukraine und Kiew bereisen. Ich war tief beeindruckt davon, wie sich die Menschen dort eine engere Anbindung an Europa wünschen, wie dort der klare Wille gegeben ist, sich am Westen, Richtung Europa, zu orientieren. Das fördern wir.

Wir haben eine Regierungskommission, wir arbeiten zusammen in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Landwirtschaft, Inneres, Justiz und auf kommunaler Ebene. Diese Dinge werden wir, soweit das geht, fortführen. Das ist wichtig, und es ist ein Sig-

nal in die Ukraine hinein, dass wir diese Solidarität mit der Ukraine, mit den Menschen in der Ukraine fortführen und von Bayern her pflegen wollen. Wir wurden gebeten, ziviles medizinisches Hilfsmaterial zu liefern. Wir wollen und werden die Ukraine mit Schutzausrüstungen im Wert von etwa 250.000 Euro unterstützen. Ich denke, das ist ein Gebot der Stunde.

Wie schon gesagt, Bayern steht zu den Werten des Westens. Es kann diesen inakzeptablen Völkerrechtsbruch nicht unwidersprochen stehen lassen. In diesem Sinne stehen wir auch zu den Maßnahmen, die getroffen wurden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Frau Ministerin. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Bergmüller von der AfD-Fraktion gemeldet. Herr Bergmüller, bitte.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrte Ministerin Melanie Huml, Sie haben gerade davon gesprochen, Sie stehen zu den Maßnahmen und Sanktionen. Sehen Sie nicht auch, dass der Schaden für Bayern durch die Handelssanktionen vielleicht viel höher ist? Das sagte zum Beispiel der Politikprofessor Dr. Christian Hanke in einer SonderSendung auf BR24 zur Ukraine und zum Russlandkonflikt am 22.02.2022 um 17:20 Uhr. Er sagte, der Westen ist geopolitisch schwach und die Sanktionen sind nicht zielführend. – Das ist ein anerkannter Politikprofessor, der im Bayerischen Rundfunk gesprochen hat. Er hat genau diese Sanktionen als nicht zielführend bezeichnet. Sie haben gerade gesagt, die Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht zielführend, bzw. Sie sagten, Sie stehen dazu, um Ihre Worte zu gebrauchen. Sind Sie immer noch der Meinung, dass die bayerische Wirtschaft damit besser fährt? Oder fährt sie damit schlechter?

Staatsministerin Melanie Huml (Europaangelegenheiten und Internationales): Ich bin der Auffassung, und das habe ich auch gesagt, dass wir zu den Maßnahmen des Bundes stehen sollten, die jetzt angedacht sind. Ich habe auch davon gesprochen,

dass uns bewusst ist, dass es auch große Verwerfungen geben kann. Ich habe dabei auch die Wirtschaft angesprochen. Nur, können wir das wirklich so stehen lassen und Russland überhaupt nicht signalisieren, dass es hier einen Völkerrechtsbruch begangen hat? Deswegen ist es notwendig, Maßnahmen zu ergreifen. Klar ist auch, und das habe ich auch gesagt, dass es weiterhin wichtig ist, auf diplomatischem Wege die Kanäle weiter zu nutzen, damit der Konflikt nicht noch weiter eskaliert, sondern Möglichkeiten der Deeskalation gesucht werden. Auch das habe ich betont. Ich glaube, wir müssen mehrere Schritte gehen, wir müssen auf mehreren Ebenen tätig sein, um hier weiterzukommen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehringer: Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeitsanträge. Ich beginne mit dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 18/21292. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der AfD. Stimmenthaltungen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/21293 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP, die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen, bitte. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Damit ist auch dieser Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU auf Drucksache 18/21317 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER, die FDP, die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die AfD-Fraktion.

Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.